

Pressemitteilung

Verteilung von nach § 29 Strahlenschutzverordnung „freigemessenem“ Müll stoppen

- Interessengemeinschaft Deponien Schwieberdingen und Horrheim
- Bürger-Initiative Gegen Müll-Geschäfte (BIGMÜG Buchen)
- Bürgerinitiative GegenGift Heilbronn/UnterLand
- Initiative AtomErbe Obrigheim
- Arbeitsgemeinschaft AtomErbe Neckarwestheim
- Antiatom-Initiative Karlsruhe (AAI Karlsruhe)
- Initiativkreis Müllgebühren Ludwigsburg
- Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn
- BUND-Regionalverband Heilbronn-Franken
- IPPNW Stuttgart e.V. (Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung)

c/o BUND RV Heilbronn-Franken
Lixstraße 8
74072 Heilbronn

Umweltministerium lädt zu Gespräch über AKW-Müll Kritiker müssen draußen bleiben

Aus Anlass eines vom Umweltministerium Baden-Württemberg anberaumten Gesprächs mit handverlesenen Gästen über den Umgang mit dem Müll aus dem Abriss von Atomkraftwerken demonstriert ein Zusammenschluss von Bürgerinitiativen am 29. November 2017 um 9:15 vor der L-Bank am Börsenplatz in Stuttgart.

Am 29. November lädt das Umweltministerium Strahlenschutzexperten aus ganz Deutschland in die L-Bank zu einem Fachgespräch über den Bauschutt aus dem Rückbau der Atomkraftwerke, der unterhalb der Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung radioaktiv belastet ist, ein. Das Umweltministerium möchte diese Abfälle nach dem „Freimessen“ auf konventionelle Bauschuttdeponien verbringen oder in die Wertstoffkreisläufe einspeisen lassen. Die Kritiker, die bei der Freigabe gesundheitliche und genetische Risiken für die Bevölkerung sehen, möchten sie auf den Standorten der Atomkraftwerke zusammenhalten und weiter unter der Atomaufsicht belassen.

Die vielen Kritiker aus der Wissenschaft oder den Bürgerinitiativen werden bei diesem Fachgespräch wie die Öffentlichkeit ausgesperrt. Die Bürgerinitiativen vermuten, dass das Umweltministerium eingeladene kritische Landräte, aber vor allem den Bundes- und den Landesärztekammerpräsidenten auf die Linie des Ministeriums bringen wollen, nachdem die gewählte Ärzteschaft sowohl in Baden-Württemberg als auch in Deutschland jüngst vor der Verharmlosung der Risiken der Radioaktivität auch in diesem Niedrigstrahlenbereich gewarnt haben.

Ein Zusammenschluss verschiedener Bürgerinitiativen wird am 29.11. um 9:15 Uhr vor dem Fachgespräch in der L-Bank, Börsenplatz 1 in Stuttgart gegen die geplante Freigabe von sog. freigemessenem radioaktiven Bauschutt und die mangelnde Bürgerbeteiligung demonstrieren.

Eine Foto-Berichterstattung erscheint uns für Ihre Leser interessant

Ein Offener Brief an Herrn Minister Untersteller wird Ihnen am 29.11. zugehen.

Pressemitteilung zum Fachgespräch zum 10-Mikrosievert-Konzept bei der Freigabe des Umweltministeriums Baden-Württemberg am 29.11.2017, L-Bank, Börsenplatz 1, Stuttgart



Antiatom-Initiative Karlsruhe

Initiativkreis Müllgebühren
Ludwigsburg

